

Wirkung gewaltpräventiver Programme an Schulen

von Dr. Frank J. Robertz - IGaK, 2007



Neben klassischen Aufgaben der Strafverfolgung und Ermittlung bildet die Prävention von Straftaten durch Kinder und Jugendliche im Rahmen von allgemeinen belehrenden Gesprächen schon seit Jahrzehnten einen wichtigen Aspekt des polizeilichen Aufgabenverständnisses.

Gerade in den letzten Jahren erlebte dieser Zweig der Polizeiarbeit eine erhebliche Stärkung. Neben der Einrichtung spezieller Dienststellen und Aufgabenbereiche wurden parallel zur zunehmenden Ressourcenknappheit der staatlichen und freien Jugendhilfe zunehmend auch spezielle kriminalpräventive Projekte ins Leben gerufen. Trotz in der Regel eingangs fehlender pädagogischer oder sozialarbeiterischer Kenntnisse entwickelten zunächst einzelne Beamte und später auch ganze Dienststellen mit Ideenreichtum und Idealismus moderne Methoden zur Präventionsarbeit mit Jugendlichen.

Nicht immer stößt diese Arbeit auf ungeteilte Freude in Jugendhilfe und Schulwesen. Das ist nicht zuletzt der Fall, da die Polizei in Deutschland aufgrund des Legalitätsprinzips rechtlich verpflichtet ist, beim Verdacht auf eine Straftat von Amts wegen ein Ermittlungsverfahren zu eröffnen. Gleichwohl es von Seiten der Polizei und auch von Seiten der Jugendhilfe bzw. Schule mitunter immer noch gilt, Vorurteile zu bekämpfen, liegt in der Präventionsarbeit durch Polizisten ein erhebliches Potential.

Auf Seiten der Polizei wird durch die Neuorientierung zur Verstärkung der Präventionsarbeit einerseits der polizeiliche Handlungsspielraum erweitert und andererseits die moderne Ausprägung einer "Dienstleistungspolizei" betont. Dies dient neben der Vorbeugung von Straftaten auch einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit und einer Image-Verbesserung, die wiederum eine effektivere Arbeit mit aufgeschlosseneren Bürgern erlaubt.

Auf Seiten der Jugendhilfe und Schule ergeben sich nicht nur neue Ressourcen, sondern auch die Möglichkeit einer gesamtgesellschaftlich orientierten und ressortübergreifenden Kriminal- und Gewaltprävention. Zudem verfügt die Polizei gerade bei jüngeren Kindern als ordnende Macht über einen Vertrauensvorsprung und natürliche Autorität. Wird dies durch Engagement und einen persönlichen Zugang zu Kindern und Jugendlichen ergänzt, dann besteht die große Chance, die Energie der Kinder und Jugendlichen in gesellschaftlich als positiv bewertete Bahnen zu lenken.

Damit eben dieser persönliche Zugang gelingt und Kinder und Jugendliche gezielt im Sinne einer Kriminalprävention gestärkt werden können, sind professionelle und wissenschaftlich fundierte Konzepte ebenso wichtig, wie grundlegende pädagogische Kenntnisse.

Präventionsprogramme der Polizei an Schulen

Im letzten Jahr wurde ein polizeiliches Präventionsprogramm in einem Bundesland evaluiert, das in den meisten deutschen Bundesländern und in vielen Großstädten verbreitet ist. Aus den Resultaten dieser Studie ergeben sich auch Hinweise für die Ausgestaltung weiterer polizeilicher Präventionsprogramme an deutschen Schulen.

Während die offiziell formulierten Ziele sich mitunter räumlich und zeitlich unterscheiden, wird in der Regel von den Verantwortlichen formuliert, dass Schüler mit Hilfe des Programms

- in Konfliktsituationen delinquentes Verhalten vermeiden lernen
- Handlungsalternativen entwickeln und
- Rechtsbewusstsein sowie Normakzeptanz entwickeln sollen.

Die im Programm tätigen Polizeibeamten werden dabei zumeist von Lehrern als Experten in den Schulunterricht eingeladen, um dort aus ihrer alltäglichen Arbeit zu berichten. Die konkreten Inhalte solcher Unterrichtseinheiten werden im Vorfeld mit den Lehrern abgesprochen. Schwerpunkte der Unterrichte liegen in der Regel in den Bereichen Gewalt- und Eigentumskriminalität, Sanktionen und Reaktionen auf Straftaten (einschließlich der Aspekte Gewalt an Schulen, Bewaffnung, Opferverhalten, Zivilcourage, Fremdenfeindlichkeit) sowie im Kennen lernen der Polizei und ihrer Aufgaben.

Im bundesdeutschen Vergleich liegen für zwölf Bundesländer und sechs Großstädte detaillierte Informationen zu den Rahmenbedingungen solcher Projekte vor. Die übrigen Bundesländer verfügten zum Erhebungszeitpunkt Ende 2005 entweder nicht über ein analoges Projekt, oder sahen sich außerstande präzise Zahlen anzugeben. Während die offizielle Federführung dieser polizeilichen Präventionsprogramme durch andere Instanzen als die Polizeibehörde selbst durchaus nicht ungewöhnlich zu sein scheint, wurden die laufenden Kosten dieser Projekte (vor allem die Personalkosten) zumeist von der Polizei getragen. Nur in Einzelfällen gab es Unterstützungen durch öffentliche und private Sponsoren oder eine zumindest partielle Unterstützung von Bildungsministerien oder Stadtverwaltungen.

Sechs Bundesländer und zwei Großstädte verfügten über keine spezielle Ausbildung für die im Projekt tätigen Beamten. Die übrigen befragten Länder und Städte schulten entweder regelmäßig bereits spezialisierte Beamte, hatten das Programm in die Ausbildung an Hochschulen der Polizei integriert oder schulten interessierte Beamte in zwei- bis fünftägigen Grundseminaren. Einige boten zudem regelmäßige Weiterbildungsmöglichkeiten an.

Die Anzahl der im Verlauf des Jahres 2004 an den Programmen beteiligten Beamten, der insgesamt abgeleiteten Stunden und der beschulten Schulen weicht voneinander ab. Die Bundesländer und Großstädte zeigten folgende Varianzen und Mittelwerte.

2004	Beteiligte Beamte	Abgeleitete Stunden	Anzahl der Schulen
Bundesländer Varianz	1-330	160-8.556	2-515
Großstädte Varianz	3-91	200-8.556	30-80
Bundesländer Mittelwert	63,5	2.083,1	134,9
Großstädte Mittelwert	37,5	2.636,8	54,75

Doch was ist auf dem derzeitigen Stand des Wissens über die Wirkungsweise dieser weit verbreiteten Programme zu sagen? Sind positive Wirkungen der Programme nachgewiesen?

Metastudien zu gewaltpräventiven Programmen

Generell ist die Evaluation jeglicher Präventionsprojekte schwierig und aufwändig. Daher existieren in Deutschland bislang bedauerlicherweise nur wenige Projektevaluationen. Noch problematischer ist, dass bei solchen Wirkungsstudien zumeist nur auf ein bestimmtes Programm eingegangen wird, um Geldgebern gegenüber seinen Fortbestand zu legitimieren. Sinnvoller wäre es hingegen, sich auf übergreifende Wirkmechanismen zu konzentrieren, damit diese im Erfolgsfall als "Blaupause" für weitere Projekte dienen können. Es ist wichtig, auf einen funktionsfähigen Theorie-Praxis-Transfer zu achten, indem einerseits die Wissenschaft anwendungsorientierte Fragestellungen verfolgt und ihre Ergebnisse sprachlich verständlich darstellt und andererseits die Praxis eine Evaluation nicht nur als Weg zur Weiterfinanzierung einer Maßnahme begreift, sondern sie regulär als Hilfsmittel zu Rate zieht und wissenschaftlich nachgewiesene Wirksamkeit von Präventionselementen bei der Durchführung ihrer Maßnahmen nutzt.

In diesem Sinne darf in Bezug auf die Analyse der Wirkung von Präventionsprogrammen nicht nur auf Einzelstudien zurückgegriffen werden, sondern es muss eine übergreifende "Meta-Evaluation" erfolgen, welche die Ergebnisse von Einzelstudien zusammenführt und die erfolgreichen Wirkmechanismen herausfiltert.

Ein erster Versuch zu einer solchen übergreifenden Metastudie zum Themenkomplex der Gewalt- und Kriminalitätsprävention entstand zu Beginn der 1970er Jahre in der USA. Der New Yorker Soziologe Robert Martinson veröffentlichte Studienergebnisse unter dem Titel "What Works?", die derart negativ ausfielen, dass sein Artikel schon bald unter dem Spitznamen "Nothing Works" Furore machte. Die Einsicht, dass gut gemeinte Programme auch negative Folgen für die jeweilige Zielgruppe haben konnten, während erfolgreiche Elemente nahezu nicht vorhanden zu sein schienen, verunsicherte die US-amerikanische Bevölkerung und sorgte für eine nachhaltige Verschärfung des Strafvollzugs. Dabei verbirgt sich hinter der umstrittenen Publikation eine ganz andere Geschichte: Martinson hatte als Konsequenz seines Aktivismus für Zivilrechte bereits 40 Tage in einem Hochsicherheitsgefängnis verbracht und war daraufhin zum Schluss gekommen, dass eine besonders negative Darstellung der Wirksamkeit von Strafvollzugsprogrammen unweigerlich zu einer Leerung der Gefängnisse führen müsse, da ohnehin nichts zur Rehabilitation der Insassen getan werden könne. Ohne dies mit seinen Mitforschern abzustimmen, veröffentlichte er seine Meinung in einer wissenschaftlich unsauberen Vorgehensweise und erreichte (wenig erstaunlich) damit das Gegenteil von dem, was er beabsichtigt hatte. Er revidierte zwar seine Meinung wenige Jahre später, fand damit jedoch kein Gehör mehr. Martinson stürzte sich schließlich aus dem Fenster seines Apartments in Manhattan.

Dennoch führte seine Studie zumindest dazu, dass bereits 1976 etwa 600 Millionen Dollar in Wirkungsstudien sozialer Dienstleistungsprogramme flossen und in den USA das Jahrzehnt der Evaluation eingeläutet wurde. Erst 25 Jahre nach Martinsons pessimistischer Metastudie über 231 Programme entstand eine weit differenziertere Metastudie, die 1998 von einer Forschergruppe der Universität Maryland unter der Leitung von Lawrence W. Sherman vorgelegt wurde. Mit besonderer Berücksichtigung von Jugendkriminalität und Jugendgewalt wurden mehr als 500 Evaluationsstudien analysiert. Angesichts der zu diesem Zeitpunkt aufgewandten Fördermittel des Justizministerium im Rahmen von 3 Mrd. US-Dollar eine gute Entscheidung. Die Ergebnisse dieses "Sherman-Reports" decken sich erfreulicherweise mit dem drei Jahre später veröffentlichten "Report of the Surgeon General: Youth Violence", bei dem zahlreiche große Behörden zusammengearbeitet hatten. Während viele Programme sich als wirkungslos oder sogar schädlich erwiesen, konnten 6 Modellprogramme und 21 vielversprechende Programme identifiziert werden. Ihre Kernelemente spiegeln im Hinblick auf die Prävention an Schulen die Idealfaktoren von Sherman.

Vorschulisch stellen sich Familientherapie und Elterntraining als besonders wertvoll dar, während sich in den Schulen selbst vor allem die folgenden Elemente als wirkungsvoll im Sinne einer effektiven Gewaltprävention erweisen:

- Soziales Lernen (Fertigkeitentraining) wie etwa Problemlösung, emotionale Intelligenz, Kommunikation oder Stress-Management
- Schulentwicklung, wie etwa die Klassenmanagement oder die Verbesserung struktureller Elemente an Schulen und
- Normverdeutlichung (beispielsweise gemeinsame klare Normfindung und Sanktionsfindung, sowie -durchsetzung).

Glücklicherweise verließ man sich hierzulande nicht auf die These einer Übertragbarkeit amerikanischer Verhältnisse auf deutsche Gegebenheiten, sondern ließ unter der Bezeichnung "Düsseldorfer Gutachten" 2002 eine deutsche Metastudie erstellen, die nicht zuletzt dazu beitragen sollte, der Evaluationsforschung in Deutschland neuen Auftrieb zu beschern. Die Forscher bewerteten die US-amerikanischen Ergebnisse für Deutschland und sammelten zusätzlich weltweit weitere Wirkungsstudien.

Als besonders sinnvoll hoben sie neben den bereits skizzierten Ergebnissen eine "informelle Sozialkontrolle in einer möglichst geordneten Umgebung auf allen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Institutionen" hervor. Wichtige Elemente stellen daher auch die Vernetzung von Institutionen mit der Schule als Handlungszentrale sowie die soziale Kontrolle dar.

Die vielleicht beste Umschreibung der Rahmenbedingungen einer solchen inneren und äußeren sozialen Kontrolle stellte der amerikanische Kriminologe Travis Hirschi her. Er beschrieb, dass die soziale Kontrolle (bzw. das "Band an die Gesellschaft") dann am stärksten wirkt, wenn bei einem Jugendlichen

- stabile emotionale Beziehungen zu Bezugspersonen im konventionellen Normensystem bestehen (etwa zu Eltern oder Lehrer),
- ihm bewusst ist, dass das eigene Handeln den eigenen Status Quo beeinflusst,
- er gut in herkömmliche Beschäftigungsstrukturen eingebunden ist (etwa Schule, Hobby, Beruf) und
- ein Glaube an konventionelle Werte vorherrscht.

Werden diese Elemente gestärkt, wird auch die soziale Kontrolle gestärkt und damit die Abweichung von Normen vermieden.

Es wird deutlich, dass zur Erfüllung solch komplexer gewaltpräventiver Bedingungen umfassende Änderungen im Schulsystem und umfassende Maßnahmen im Umgang mit den Schülern notwendig sind. Ein Beispiel für ein nachhaltiges Präventionsprogramm ist das Interventionsprogramm des norwegischen Psychologen

Dan Olweus, der mit umfangreichen und schulweit getragenen Maßnahmen zur Verbesserung des Schulklimas und der Beziehungen zwischen den Schülern sowie zur Steigerung der sozialen Kompetenz auf Schul-, Klassen- und persönlicher Ebene nachweisliche Rückgänge der Gewaltvorfälle an Schulen um 50% erreicht. Diese Wirkung wurde bereits von einigen Länderpolizeien erkannt und unterstützt (so z.B. in NRW). Selbst ein Leitfaden „Herausforderung Gewalt“ wurde bereits für Lehrerinnen und Lehrer erstellt und kann kostenlos über jede (Kriminal-) Polizeiliche Beratungsstelle bezogen werden.

Konsequenzen für polizeiliche Präventionsprogramme

Doch wie verhält es sich im Lichte dieser Erkenntnisse mit den eingangs skizzierten und weit verbreiteten polizeilichen Programmen in Schulen? Während komplexe Wirkungsstudien noch ausstehen, liegen Belege über die Sichtweise zum Programm von den beteiligten Beamten, Schülern und Lehrern eines deutschen Bundeslandes bereits vor. Hierbei zeigen sich jeweils sehr hohe Grade der Zufriedenheit aller Beteiligten. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass sich diese Zufriedenheit oftmals auf Bereiche bezieht, die nicht mit den ursprünglichen Zielen übereinstimmen. Während Lehrer etwa häufig die "Belebung des Unterrichts durch externe Praktiker" loben, weisen Polizeibeamte auf "die Verbesserung des Bildes der Polizei bei den jungen Leuten" hin. Auch diese Wirkungsweisen sind selbstverständlich positiv zu sehen, jedoch bieten sie keinen Hinweis auf eine nachhaltige gewaltpräventive Wirkung der Programme.

Wie aus den Metastudien deutlich wurde, ist nicht zu erwarten, dass die auf einem einmaligen Besuch basierenden Präventionsprogramme der Polizei aufwändige, sehr komplexe und nachgewiesenermaßen auch sehr wirkungsvolle Programme, wie das Interventionsprogramm von Dan Olweus ersetzen, sondern dass sie es eher unterstützen können. Jedoch deutet sich in der Praxis mitunter trotz allen guten Willens und sinnvoller Ansätze auch ein unangenehmer Nebeneffekt der polizeilichen Programme an: Einige Lehrer gehen davon aus, dass bereits mit dem einmaligen Besuch eines Beamten dem Thema "Gewaltprävention" genüge getan sei.

Fazit

Das Engagement der deutschen Polizei in diesen Programmen ist prinzipiell als sehr positiv hervorzuheben. Mit großem Elan hilft die Polizei dabei, jene Aufgaben zu erfüllen, die von fachpädagogischen Stellen aufgrund immer knapper werdender Ressourcen für soziale Programme nicht adäquat ausgefüllt werden können. Dennoch muss ein wichtiges Element beachtet werden: Lehrer dürfen durch den Besuch eines

Beamten im Unterricht nicht das Gefühl vermittelt bekommen, dem Problem der Gewalt an Schulen nun ausreichend begegnet zu sein.



Daher ist es außerordentlich hilfreich, wenn Polizeibeamte vor Ort in den Klassen neben ihrem "Präventionsunterricht" auch auf komplexe Programme mit nachgewiesener starker Wirkung hinweisen, wie es in einigen Städten bereits der Fall ist. Eine Vernetzung mit pädagogischen Fachstellen (etwa mit dem Jugendamt oder speziellen gewaltpräventiven Stellen der Schulbehörden) kann sich diesbezüglich als außerordentlich hilfreich erweisen und wirkungsvolle Kooperationen anstoßen. Und manchmal genügt vielleicht schon das Zurücklassen der richtigen Informationsbroschüren auf dem Schreibtisch eines Lehrers, um diesen auch zur Umsetzung eines umfassenden Präventionsprogramms an Schulen zu motivieren.

Dr. Frank J. Robertz ist Leiter des freien
Instituts für Gewaltprävention und angewandte Kriminologie (IGaK),
<http://www.igak.org>

=*=



Veröffentlicht unter CC-Lizenz <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/2.0/de/>
Kontaktieren Sie uns, wenn Sie den Beitrag als Reintext zum Abdruck benötigen
© IGaK 2007

Kontaktanschrift

Dr. Frank J. Robertz
Wissenschaftliche Leitung
IGaK - Institut fuer Gewaltpraevention und angewandte Kriminologie
Freies Institut fuer interdisziplinare Gewaltpraeventionsstrategien
Prenzlauer Allee 9
10405 Berlin
Tel. 030 / 49 85 44 29
E-Mail: [fr \[at\] igak.org](mailto:fr[at]igak.org)
[<http://www.igak.org>]

Achtung: Ab 01. Juni 2007 neue Anschrift: Wittelsbacherstr. 21, 10707 Berlin

